

Über das Projekt „Bürgerbeteiligung bei Naturkatastrophen – eine Studie zur Bürgerbeteiligung beim Sommerhochwasser 2013“

Verschärft durch die Diskussionen um den Klimawandel scheint es heutzutage, als würden sich extreme Naturereignisse mehr und mehr häufen: Schaut man beispielsweise zurück in der Hochwassergeschichte Mitteleuropas, so gab es in den 500 Jahren vor der Jahrtausendwende gerade einmal zwei ernst zu nehmende Überschwemmungen, während wir nach 2002 und 2006 mit dem Sommerhochwasser 2013 an der Elbe und ihren Nebenflüssen bereits die dritte verheerende Hochwasserkatastrophe innerhalb weniger Jahre zu verzeichnen hatten. Während die Gründe für eine solche Häufung vielfältig sein können, stellt sich nicht nur für die direkt betroffenen Bürger deutlich die Frage: Wie damit umgehen?

Extreme Naturereignisse an und für sich machen noch keine Katastrophe. Ihre Auswirkungen auf den Menschen und unsere Wahrnehmung erst machen extreme Umstände wie das Sommerhochwasser 2013 an der Elbe und ihren Nebenflüssen zum Desaster. Abgesehen von den traumatischen Erfahrungen für den Einzelnen kann ein solches Ereignis einen erheblichen Einfluss haben auf private oder politische Entscheidungen, auf ökonomische Bedingungen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer ganzen Region haben. Katastrophen können als Katalysator für das Gemeinwesen wirken.

Angetrieben von unseren eigenen Erfahrungen aus den betroffenen Regionen Mitteldeutschlands, fragen wir uns, welche Auswirkungen das Sommerhochwassers 2013 auf das Zusammenleben der Bürger in der Region hat und wie politisch und gesellschaftlich mit der Katastrophe umgegangen werden kann. Dass Naturkatastrophen wie Hochwasser außerordentliche politische Effekte erzielen können, hat schon Gerhard Schröder 1997 eindrucksvoll bewiesen. Wir wollen wissen, ob eine Hochwasserkatastrophe wie im Sommer 2013 auch Chancen für die Politisierung und Beteiligung von Bürgern am Wiederaufbau- und Präventionsprozess bieten kann. Wo wollen Bürger sich an der Katastrophenbewältigung beteiligen? Was sind ihre Anforderungen an Politik und Verwaltung? Und welche Maßnahmen müssen konkret getroffen werden, um das Zusammenleben in der Zeit nach dem Hochwasser langfristig zu stärken?

Zu diesen und ähnlichen Fragen senden Politik und Zivilgesellschaft oft unterschiedliche Signale. Dieses Forschungsprojekt wird die Frage erörtern, inwieweit politische Schutzmaßnahmen während des Sommerhochwassers in Sachsen-Anhalt mit den Anforderungen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort übereinstimmen. Das Projekt hat das Ziel, die öffentliche Wahrnehmung für bei-spiels-wei-se Bürgerinitiativen zu erhöhen und somit das zukünftige Zusammenspiel von Politik und Zivilgesellschaft im Katastrophenfall zu verbessern.

Zwischenergebnisse

- Das Krisenmanagement 2013 wird zumeist aufgrund der Erfahrungen von 2002 reflektiert:
 - o Bis 2002 wurde die Hochwasserprävention eher „intuitiv“ und lokal vor Ort wahrgenommen.
 - o Vielerorts ist eine Wasserwehr erst nach 2002 entstanden.
 - o Bürgerinitiativen hatten nach 2002 eine recht kurze Bestandsdauer, da die Katastrophe als „Jahrhunderthochwasser“ angesehen wurde.
- Wegen der wahrgenommen „Einmaligkeit“ der Ereignisse in 2002 ist die Professionalisierung der Koordination 2013 nicht so ausgeprägt gewesen, wie sie hätte sein können.
 - o Das gilt besonders für die Verteilung von Freiwilligen: Während einige Kommunen sehr viele Helfer hatten, mussten andere ohne Freiwillige auskommen.
 - o Das liegt auch an einem Solidaritätsproblem zwischen Landkreisen und Stadtteilen: die Verantwortlichen denken nur bis zum eigenen „Deich“.
- Die Hochwasserkatastrophe bringt eine in der Analyse der Schäden oft wenig beachtete Dimension von sozialem Stress und Traumatisierung in der Bevölkerung mit sich.
 - o Die Angst, alles zu verlieren – eventuell sogar zum wiederholten Mal –, wirkt traumatisierend auf viele Betroffene.
 - o Ein wahrgenommener Mangel an professioneller Hochwasserbewältigung und Unterstützung beim Wiederaufbau kann zu langfristiger Verbitterung bei den Betroffenen führen.
 - o Eine Welle der Solidarität während des Katastrophenmanagements gefolgt von sozialem Neid während des Wiederaufbaus kann das Sozialgefüge einer betroffenen Region durcheinander bringen.
- Hochwasserschutz und -prävention sollten Vorrang vor dem Katastrophenmanagement haben. Es gilt, die Gefahr vor Hochwasser bei den Menschen in ihrer persönlichen Wahrnehmung vor Ort dauerhaft zu verfestigen.
 - o Allgemein fehlt es an der Bewusstseinsbildung, wie man frühzeitig Mängel von Deichen als Bürgerin und Bürger erkennt.
 - o Diese können in Bürgerinitiativen wie Wasserwehren geschult werden, um ein stärkeres Fachwissen und Gefahrenbewusstsein zu bekommen.
 - o Das kann anhand einer stärkeren Kommunikation zwischen Amtsträgern und zwischen Amtsträgern und der Öffentlichkeit gelingen.

- Zum Prozess der Bewusstseinsbildung gehört ebenfalls die Diskussion um die Wirtschaftlichen Risiken von Kommunen: Versicherungsfragen, HQ100. Zusätzlich braucht es eine Diskussionen über die Entscheidungskompetenzen der Verantwortlichen vor Ort.

Datengrundlage des Projekts

Die Einsichten sind basieren auf 6 mehrstündigen Einzelinterviews mit Experten, Beteiligten und Betroffenen zum Hochwasser und Hochwasserschutz in verschiedenen Regionen Sachsen-Anhalts. Wir befinden uns in der ersten Phase dieses Forschungsprojekts: der Auswertung der Interviews. Zusätzlich wurde eine Expertengruppendiskussion organisiert, die in die Auswertung einbezogen wurde.

Die gewonnenen Daten dienen als Grundlage für die Entwicklung von Fokusgruppen-Konzepten. Hier sollen über die Analyse der Ereignisse von 2013 hinaus, Ideen für die Hochwasserprävention und –bewältigung sowie die Bürgerbeteiligung entwickelt werden.

Ansprechpartner:

Projektleiter:

Dr. Götz Harald Frommholz

Managing Director

dpart - Forschung für politische Partizipation gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)

Keithstr. 14

10787 Berlin

T: 0175 5258439

E: frommholz@politischepartizipation.de

Ansprechpartner in Halle (Saale):

Timothy Atkins

Gesellschafter und Projektleiter bei regional | im | puls

regional | im | puls - Berater für kommunale Politik und Gesellschaft

Atkins, Haupt, Hildebrand und Seifert GbR

c/o MMZ Halle (Saale)

Mansfelder Str. 56

06108 Halle (Saale)

M: 0176 63831338

E: timothy.atkins@die-regionalimpuls.de